

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus.

DIE GRÜNEN
ROSA LISTE
STADTRATSFRAKTION MÜNCHEN

München, den 19.02.2020

Münchenezulage und Jobticket bei der Münchenstift nicht zu Lasten der Pflegesätze

Antrag zur dringlichen Behandlung im Sozialausschuss am 12.03.2020

1. Die Einführung bzw. Erhöhung der Münchenezulage und die Einführung des Jobtickets für die Beschäftigten der Münchenstift werden nicht durch eine Erhöhung der Pflegesätze finanziert.
2. Die Verwaltung zeigt dem Stadtrat Möglichkeiten auf, wie die Finanzierung auf anderem Wege, z.B. durch Ausgleich durch die Stadt sichergestellt werden kann

Begründung:

Die *Süddeutsche Zeitung* berichtet heute von der gestrigen Aufsichtsratssitzung der Münchenstift, in welcher sich der Aufsichtsrat dazu entschlossen habe, den Beschäftigten der Münchenstift eine erhöhte Münchenezulage und ein subventioniertes Jobticket zu gewähren. Allerdings habe der Aufsichtsrat nicht beschlossen, wie diese Maßnahmen finanziert werden sollen. Vielmehr würde der Beschluss auf eine Sitzung nach der Kommunalwahl vertagt.

Laut oben erwähntem Artikel gibt es aus Sicht der Münchenstift keine andere Finanzierungsmöglichkeit als die Erhöhung der Pflegesätze. Diese Erhöhung wird mit 150 - 250€ pro Monat beziffert. Dazu kämen weitere Kosten, wie z.B. die Steigerung bei Tarifabschlüssen, was die Pflegesätze noch weiter erhöhen würde.

Der Stadtrat hat wiederholt fraktionsübergreifend zum Ausdruck gebracht, dass die Attraktivität und auch die Wertschätzung für Pflegeberufe gesteigert werden müssen. Es wäre unvereinbar mit diesem Ziel, den Beschäftigten der Münchenstift die erhöhte Münchenezulage und die Kostenerleichterung beim Jahresticket für den ÖPNV zu verweigern. Höchst problematisch wäre es aber, wenn diese sinnvolle Maßnahme eine drastische Erhöhung der Pflegesätze nach sich zöge. Für viele Bewohner*innen dürfte eine Erhöhung der Pflegesätze in diesem Ausmaß schlicht nicht mehr leistbar sein oder sie zumindest in große finanzielle Probleme stürzen. Für viele Familien, die sich um ihre zu pflegenden Verwandten kümmern, bedeutet diese Mehrbelastung eine erhebliche Einschränkung.

Da die Altenpflege – einschließlich der angemessenen Bezahlung der Beschäftigten in den städtischen Einrichtungen – eine gesamtstädtische Aufgabe ist, steht die Stadt in der Pflicht, ähnlich wie bei vielen anderen Einrichtungen im sozialen Bereich, die Finanzierung sicherzustellen.

Begründung zur Dringlichkeit:

Der Aufsichtsrat der Münchenstift hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Erhöhung bzw. Einführung von Münchenezulage und Jobticket auseinandergesetzt und diese beschlossen. Da die Einführung ab dem 1.4.2020 greifen soll, muss schnellstmöglich über die Finanzierung diskutiert werden. Wenn der Aufsichtsrat diese Diskussion erst im März nach der Kommunalwahl weiterführt und dann anschließend noch der Stadtrat befasst werden muss, wird es frühestens Mitte April zu einer Entscheidung des Stadtrats kommen. In der Zwischenzeit muss die Münchenstift entweder bereits die Pflegesätze erhöhen und diese Erhöhungen an die Bewohner*innen kommunizieren oder der Stadtrat beschließt eine andere Finanzierung dieser Maßnahme und verhindert somit die Erhöhung der Pflegesätze.

Fraktion Die Grünen - Rosa Liste

Initiative:

Anja Berger Jutta Koller Oswald Utz

Mitglieder des Stadtrates